

Entkräftung und Widerstand

Wie Demokratien ermüden und wieder zu Kräften kommen¹

Claus Leggewie

Am 24. September 2017 hat sich mitten in Europa womöglich ein Dambruch ereignet. Waren in früheren Krisenphasen der Bonner Republik Rechtsradikale wie die *NPD* (1969) und die *REPublikaner* (1990) aus dem Deutschen Bundestag fernzuhalten (Leggewie, 1990; Leggewie, 2003; Stöss, 2015; Jesse & Panreck, 2017), hat die Berliner Republik dem Druck von rechts nicht standhalten können. Das liegt zum einen an ihrer Osterweiterung, insofern die *AfD* (Häusler, 2016; Bender, 2017; Amann, 2017; Weiß, 2017; Salzborn, 2017; Wildt, 2017; Leggewie, 2016) nach eurokritischen Ursprüngen vor allem die Vertretung der unzufriedenen Ostdeutschen übernommen und sich im Verlauf der »Flüchtlingskrise« mit einer völkischen Reaktion auf dem Gebiet der ehemaligen *DDR* am tiefsten verankern konnte, zum anderen an der Zuspitzung der (gefühlten) sozialen Ungleichheit, die den wohlfahrtsstaatlichen Konsens in Frage stellt und auch in Westdeutschland in einer Art verschobenem Klassenkampf (Leggewie, 2017b; Bornschiefer & Kriesi, 2013) die *AfD* erstarken ließ. Ein wesentlicher, vielleicht der gewichtigste Grund ist jedoch die Entkräftung der bundesrepublikanischen Hegemonialpartei, der *CDU/CSU*, die nun ebenso zu fragmentieren droht wie ihr Analogon auf der linken Mitte, die *SPD* (Leggewie, 1987; Leggewie, 2003).

Deutschland ist damit eines wirksamen Tabus verlustig gegangen, dass nach dem Holocaust und dem Zweiten Weltkrieg keine autoritär-nationalistische Partei mehr Erfolg haben sollte; dieser deutsche Sonderweg ist von der »Normalität« der westlichen Demokratien eingeholt worden. Seit einigen Jahren schon haben es diese mit einem irritierenden Phänomen namens Populismus

1 | Der vorliegende Beitrag ist eine erweiterte Version eines Kapitels in Leggewie (2017a).

zu tun. Seine Entstehungsgründe werden allmählich verstanden, unbeantwortet ist jedoch die Frage, wie die Institutionen der repräsentativen Demokratie und die Bürgergesellschaft auf diesen Frontalangriff reagieren sollen. Das gilt nun auch für den parlamentarischen, medialen und außerparlamentarischen Umgang mit der AfD.

Im Folgenden möchte ich allgemein vier Facetten und den möglichen ›Wahrheitskern‹ des Populismus herausarbeiten, dann einige Reaktionen durchspielen, wie sein Einfluss einzudämmen ist und wie die Demokratie als Herrschafts- und Lebensform am Ende gestärkt aus ihrer Krise hervorgehen kann. Abschließend komme ich auf die deutsche Situation zurück.

Entstehungsgründe des Populismus

Der Populismus ist als Vorschein der aufziehenden Massendemokratien des späten 19. und des 20. Jahrhunderts keineswegs neu (Leggewie, 2017a, S. 20–21), hat aber seit den 1970er Jahren eine Renaissance erfahren. Damals machten sich zuerst in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten ›Steuerrebell‹ bemerkbar, denen die Abgabenlast zu hoch war und Sozialtransfers an Bedürftige und erst recht an Einwanderer nicht gefielen. Diese Verteilungskritik spitzte sich bei Teilen der Bevölkerung zur kategorischen Ablehnung von Immigration aus nicht-europäischen, vor allem arabisch-muslimischen Herkunftsgebieten zu, die als integrationsunwillig und seit 2001 und den folgenden Terroranschlägen in Europa als gefährlich galten. Der Populismus, der auch bei der deutschen AfD anfangs eher wirtschaftsliberal motiviert war, schlug in Xenophobie um, Symbole der Migration wie Minarette und Burkas erregten Ärgernis. Bewegungen wie die italienische *Lega Nord* verbanden den Wohlstandschauvinismus des reichen Europa mit der Nostalgie des christlich-weißen Abendlandes.

Bei der *Lega Nord*, genau wie dann bei Silvio Berlusconis *Forza Italia* und Beppe Grillos *Cinque Stelle*, kam als drittes Element die pauschale Wut auf die politischen Eliten hinzu, gestützt durch antipolitische Fernseh- und Internetmedien. Hier, in der Ablehnung von Bonzen und Bossen, hatten schon die Antriebe des Populismus im 19. Jahrhundert gelegen, der stets einen Anflug von Klassenkampf hatte. ›Wir hier unten gegen die da oben‹ war und ist der Schlachtruf des Populismus in modernen Demokratien, nach dem Vorbild der Volkstribune in antiken Vorläuferdemokratien, in denen sich der Plebs der Privilegierten auf brachiale Weise entledigen konnte.

Ein viertes Feindbild trat in den letzten Jahrzehnten hinzu, das Politikverachtung, Fremdenfeindlichkeit und Wohlstandschauvinismus wie in einer Nusschale bündelte: die *Europäische Union*, in den Augen der Nationalpopulisten ein Ausbund an korrupter, bürgerferner Politik, was die Euroeinführung, die Flüchtlingspolitik und die Relativierung der nationalstaatlichen

Souveränität betrifft. »Brüssel« (und zunehmend »Berlin« als Symbol der deutschen Hegemonie in der EU) ist aber nicht nur die bevorzugte Zielscheibe, sondern auch ein ideales Aktionsterrain der Nationalisten, die im Straßburger Parlament gleich in fünf Fraktionen präsent und in der Bekämpfung des »Euromonsters« einig sind – man erinnere sich an die Phalanx der Euro-Rechten Anfang des Jahres 2017 in Koblenz.

Mit dieser Vierfachansage haben Populisten in fast allen Regionen Europas mobilisiert, im Süden eher in einer linksgerichteten Variante, im Norden mit einer klaren Schlagseite nach rechts und rechtsaußen. Der aktuelle Populismus aktualisiert diverse historische Spaltungs- und Konfliktlinien moderner Politik: Föderalisten wie die *Lega Nord* oder der *Vlaams Belang* in Belgien nähren sich aus dem primären Gegensatz von Zentrum und Peripherie beziehungsweise Stadt und Land, Islamkritiker und fundamentalistische Christen beleben den konfessionellen Konflikt, mit dem *Front National* lebt der Klassenkonflikt auf, übersetzt in den formalen Gegensatz von Oben und Unten, und inhaltlich das Eigene gegen das Fremde stellend. Wenn Pegida-Demonstranten »Wir sind das Volk!« skandieren, ist das gewiss nicht republikanisch gemeint; sie reanimieren völkisch-identitäre Vorstellungen von Demokratie und unterminieren Verfassungsprinzipien und den Rechtsstaat, attackieren den Schutz von Minderheiten und die Freiheit von Andersdenkenden. Im Kern halten Populisten, auch der linken Spielart, nationalstaatliche Souveränität gegen supranationale Gebilde hoch, was analog für den US-amerikanischen Populismus gilt, der stets gegen den Bundesstaat und Washingtons Establishment eingestellt war. Mit dieser Mobilisierung – meistens getragen von politischen Außenseitern, die ihre Volksnähe bekunden, auch wenn sie, wie Berlusconi, Trump oder Putin, Milliardäre und Oligarchen sind – zogen populistische Bewegungsparteien in Parlamente ein, wo sie, wie in Dänemark, Österreich oder Italien, kaum noch in der rechten Schmutzecke isoliert sind. Vielfach schafften sie es an die Macht wie in Ungarn und Polen.

Da stellt sich die Frage, wie gefährlich dieses politische Erdbeben ist für die Demokratie, wie wir sie kannten, wenn die schon länger grassierende Politikverdrossenheit sich in Teilen zur generellen Ablehnung der Demokratie radikalisiert? Das Personal der Berufspolitik wird durch politische, besser: anti-politische Unternehmer ersetzt, die jeder Sachkenntnis entbehren und Unverantwortlichkeit zum Prinzip erheben. Die Grundlagen der Repräsentation werden unterlaufen durch Führerpersonen, die sich von den Massen feiern und qua Plebiszit ihre charismatische Macht bestätigen lassen. Wenn der selbsterklärte »deal maker« Donald Trump eine aggressive politische Bewegung ins Weiße Haus führt und sich einen Militär als Stabschef holt, wird die autoritäre Herrschaft in Umrissen erkennbar – die sich ein Fünftel der Amerikaner wünschen, darunter vor allem Angehörige der jüngeren Generation.

Vertreter der jüngeren Forschung sehen eine gravierende »Dekonsolidierung der Demokratie« und beunruhigende Tendenzen in der Entwicklung der demokratischen Werte und Einstellungen seit ihrem vermeintlichen Triumph am Ende des Kalten Krieges (neben dem Themenheft zur US-Wahl 2016, 2017; Foa & Mounk, 2016; Foa & Mounk, 2017; Mickey et al., 2017). Fragt man nicht nach der Legitimität einer Regierung, sondern nach der Glaubwürdigkeit des demokratischen Systems selbst, zeigen sich vier ungünstige Trends: Die Systemunterstützung durch die Bürger sinkt, auch die Bejahung von Kernbestandteilen der liberalen Demokratie wie den Bürgerrechten. Überdies nimmt die Bereitschaft der Bürger ab, politische Anliegen in vorhandenen politischen Institutionen zu vertreten; zugleich zeigen sich heute mehr Bürger als vor zwanzig Jahren aufgeschlossen für autoritäre Alternativen wie etwa eine Militärherrschaft. Das hört sich an, als ob am Ende des Kalten Krieges nicht nur die Sowjetunion und der real existierende Sozialismus auf dem Absterbeetat gestanden hätten, sondern auch die liberale Demokratie des Westens, der seinerzeit die Anziehungskraft für eine dritte Welle der Demokratisierung im ehemaligen Sowjetimperium und rund um den Globus bescheinigt wurde.

Zwei Diagnosen der pessimistischen Denkschule sind besonders irritierend: Erstens betrifft die Entkräftung der Demokratie nicht nur oder vornehmlich die neuen Demokratien Osteuropas, sondern auch und gerade Kernländer in Europa und Nordamerika, zweitens ist im Ansehens- und Vertrauensverlust ein Generationseffekt eingebaut. Denn anders als erwartet, äußern sich nicht die älteren, vor 1980 geborenen Alterskohorten skeptisch gegenüber der Demokratie, wie wir sie kannten, sondern die sogenannten *millennials*, die aus eigener Anschauung nur Demokratie (und Kapitalismus) kennen. Junge Menschen, von denen man traditionell stets relativ mehr Engagement und Begeisterung erwartet, zeigen sich distanzierter als Ältere, von denen man vielleicht eher Enttäuschung und Resignation oder generell einen Altersautoritarismus erwarten würde. Doch die Alterskohorten der 1930 bis 1960 Geborenen halten es zum ganz überwiegenden Teil für »essenziell«, in Demokratien zu leben, während bei den später Geborenen dieses Bekenntnis jäh auf Werte weit unter 50 Prozent abstürzt.

Am steilsten ist der Absturz in Ländern wie Australien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten, wo der Marktradikalismus am weitesten gegangen ist; in Europa ist er weniger stark, aber ebenfalls flächendeckend und besorgniserregend. Unter den 20- bis 30-Jährigen sind die Verfechter der Demokratie in die Minderheit geraten. Das haben jüngst zwei Politikwissenschaftler aus den Universitäten Melbourne und Harvard, Roberto Stefan Foa und Yascha Mounk, den sehr zu verlässigen Umfragen der *European* bzw. *World Values Surveys* entnommen, die in über hundert Ländern weltweit erhoben werden; zugrunde liegen Daten aus den Erhebungswellen 3 (1995-1997)

und 4 (2010-2014), unterstützt durch nationale Umfragen in verschiedenen Ländern (Foa & Mounk, 2016, S. 7-8). Durchgängig belegen sie den dargelegten Dekonsolidierungstrend bei jüngeren Bürgern und durchkreuzen den bisherigen Optimismus, einmal etablierte Demokratien, die mehrere faire Wahlen und friedliche Machtwechsel hinter sich haben, würden sich in aller Regel dauerhaft konsolidieren, also auch Bürgerrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit und rechtsstaatliche Verfahren garantieren sowie Minderheiten langfristig schützen.

Diese Ergebnisse kommen einer Palastrevolution innerhalb der Politikwissenschaft nahe, deren Mantra stets war, parlamentarische Institutionen würden sich nach gutem Beginn in der Regel dauerhaft verankern. Historisch war dies mit wichtigen Ausnahmen wie der Weimarer Republik der Fall; so hat etwa in Frankreich und in den USA die demokratische Herrschaftsform eine kaum in Frage gestellte, sich selbst bestätigende und verstärkende Legitimität erworben, die über Regierungskrisen und Legitimationsschwächen hinweg Bestand hatte. Foa und Mounk zeigen nun, dass dieser Prozess eben keine Einbahnstraße und eine autoritäre Erstarkung stets möglich ist – womit die meisten Sozialwissenschaftler mit Blick auf die historischen Kernländer der Demokratie kaum gerechnet hatten.

Foa und Mounk sehen durchaus auch prodemokratische Bewegungen, die gerade von jungen Menschen getragen werden, und geben die Demokratie(n) keineswegs verloren; sie wollen vielmehr ein Frühwarnsystem etablieren. Der massiven Verletzung von Grundrechten wie der Pressefreiheit und der Verfassungsgerichtsbarkeit, wie sie unter der polnischen *PiS*-Regierung 2016 eingetreten ist, war schon seit 2005 eine zunehmend negative Haltung (knapp 16 Prozent) zur Funktionsfähigkeit der polnischen Demokratie vorausgegangen, die seitdem offenbar ansteigt; zugleich sprachen sich 22 Prozent der Befragten für eine Militärherrschaft aus, und noch mehr unterstützten eine »starke Hand« – und das zu einem Zeitpunkt, als Polen auf dem besten Weg zu einer nachhaltigen Demokratisierung schien. Heute würde Polen die Aufnahmekriterien zur *Europäischen Union* nicht erfüllen – und einem großen Teil der polnischen Bevölkerung, die die *PiS* und noch weiter rechts stehende Parteien unterstützen, wäre das vielleicht sogar gleichgültig. Denn Demokratieverachtung geht in aller Regel mit Europaskepsis einher, häufig mit dem aus Großbritannien bekannten Hinweis garniert, man könne die *Europäische Union* ohnehin nicht als demokratische Veranstaltung verstehen.

Das Thema der demokratischen Dekonsolidierung ist kein akademisches Spezialgebiet. Herauszufinden, warum allgemein und speziell bei Jüngeren die Demokratie insgesamt, also nicht nur im Blick auf ihre konkrete Performance, an Zustimmung verliert, ist eine existentielle Frage freiheitlich-demokratischer Gesellschaften. Oder wird hier der Esel verdrochen, obwohl nur der Sack gemeint ist? Kritik an der Leistungsfähigkeit von Parlamenten und

Parteien ist erlaubt, fundamentale Opposition ist das Salz in der Suppe demokratischen Regierens, das stets auf radikalen Widerspruch angewiesen ist. Und dafür, dass viele Entscheidungen demokratisch gewählter Regierungen suboptimal oder schlecht sind, mangelt es wahrlich nicht an Beispielen. Doch scheint sich berechnete Detailkritik zunehmend zu dem Generalverdikt zu summieren, dass es die Demokratie generell nicht mehr schafft, krisenhafte Verläufe zu steuern und Innovation herbeizuführen. Aus reformistischer Kritik entwickelt sich immer häufiger eine haltlose und autodestruktive Polemik gegen die Demokratie als Regierungsform.

Der Wunsch nach der *mano dura*, nach der eisernen Faust eines Führers oder eines Gremiums vermeintlich »unpolitischer« Technokraten oder gar des Militärs, das für seine Befehle Gehorsam verlangt, scheint da nur konsequent. Das Gros der Demokratiekritiker beseelt, anders als in der »Beteiligungsrevolution« der 1970er Jahre, nicht mehr der Wunsch nach mehr oder besserer Demokratie, sondern nach weniger Mitwirkung in der »Quatschbude« Parlament oder nach Plebisziten, die der politischen Elite Entscheidungen abnehmen oder aufzwingen. Das fügt sich ins Bild einer illiberalen Demokratie, in der kritische Medien, allein dem Recht verpflichtete Gerichte und die verfassungsmäßigen Ansprüche von Minderheiten keine Bedeutung mehr haben und Kompromisse, das Lebenselixier einer auf Konsens ausgerichteten Demokratie, nicht gefragt sind.

Was sie tatsächlich wollen, geht aus den Antworten der Demokratieverächter nicht hervor. Sie geben Vorbehalte gegen demokratische Prozesse zu Protokoll, und es könnte sein, dass gerade Jüngere lediglich ihren Missmut über das von ihnen so empfundene andauernde Politik- und Staatsversagen artikulieren. In diese Richtung haben Kritiker der beiden erwähnten Autoren des Dekonsolidierungstheorems argumentiert, etwa Ronald D. Inglehart, der die von Foa und Mounk dargelegten Tendenzen auf die Vereinigten Staaten begrenzt sehen wollte, ein demokratisches System, das in den vergangenen Jahren auch in seinen Augen »erschreckend dysfunktional« geworden sei (Inglehart, 2016; Inglehart & Norris, 2016). Den Rest der Datensätze deutet er konträr, dass nämlich global gesehen die Massenunterstützung für Demokratie stärker geworden sei. Manche Regionen der Welt, der arabisch-islamische Gürtel fast zur Gänze, China und neuerdings Indien und die Caudillo-Staaten Südamerikas scheinen sich dem Demokratisierungstrend ganz entzogen zu haben, doch Hoffnung für die globale Entwicklung schöpfen Optimisten aus Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens wie Gambia, Guatemala und Südkorea. Der Vormarsch autoritärer Regierungen sollte nicht mit Volkes Stimmung verwechselt werden. Laut Afrobarometer weisen fast drei Viertel der Afrikaner nichtdemokratische Herrschaftsformen prinzipiell zurück, und die quasi diktatorische Machtkonzentration in der Türkei oder in Russland wird konterkariert durch offenbar nicht zu unterdrückende Demokratiebewegungen, die

auch anderswo unter so ungünstigen Bedingungen fortbestehen wie etwa in Tunesien und der Ukraine.

Die autoritäre Welle hat unverkennbare Breschen in die Bollwerke der klassischen Demokratien geschlagen und neue Demokratien unterspült. Vielen Demokraten ist nicht hinreichend klar gewesen, dass der Erfolg ihrer gewohnten Herrschafts- und Lebensform nicht per se garantiert ist, sondern der Unterstützung aktiver Bürger bedarf. Keine Demokratie ohne Demokraten. Mit Blick auf die Zukunft sollte nunmehr aber weniger die Stärke der autoritären Welle im Fokus stehen als das längst belegbare Versagen der autoritären Führungen, die sich an die Stelle demokratischer Regierungen gesetzt haben oder setzen wollen – und vor allem die Courage ihrer Gegner, die sich auch unter höchst widrigen Bedingungen wie in Ungarn widersetzen. Sowenig die Demokratie eine Lebensversicherung hat, so wenig gibt es ihren zwangsläufigen Niedergang.

Der Populismus als Gefühlspolitik

Populismus ist eine schwer zu bändigende Mischung aus Zukunftsängsten, Ressentiments und paranoiden Stimmungen, die allorts Feinde wittert (Jensen, 2017; Mishra, 2017; Leggewie, 2017d und 2017e). Die populistischen Protestbewegungen zehren an den auf Konsens und Kompromiss angelegten Volksparteien, namentlich den Sozialdemokraten, die sich nach 1945 und vor allem seit den 1970er Jahren einen Platz in den demokratischen und kulturellen Eliten erobert und von den »kleinen Leuten« entfernt haben. Die rechte Mitte hat die Herausforderung bislang besser verkraftet, obwohl mit ihren Parteien eine größere programmatische Übereinstimmung vorliegt. Der Ausgang der Bundestagswahl 2017 hat hier ein großes Fragezeichen platziert. Zusammenfassend ist damit ein Strukturwandel der liberalen Demokratie beschrieben und eine tiefe Krise ihrer Legitimität und Repräsentativität.

Wie darauf reagieren? Dazu liegen zwei konträre Einschätzungen der Funktion und Brisanz des Populismus vor. Für die einen ist er ein rechtzeitiger Weckruf angesichts der oligarchischen Tendenzen in modernen Demokratien. Somit wäre der Populismus durchaus demokratieverträglich – er könnte die Eliten zu einer Kurskorrektur zwingen und tatsächliche Übel wie soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit angehen. Diverse Linkspolitiker und Intellektuelle wollen den nach rechts gekippten Populismus nach links wenden und den heimatlos gewordenen Antikapitalismus umbesetzen, die populistischen Gefühlsenergien also für eine breite Volksbewegung nutzen. So treten Bernie Sanders in den USA und Jeremy Corbyn in Großbritannien auf, so versuchte es der französische Präsidentschaftskandidat Jean-Luc Mélenchon, so sehen es *Podemos* und *Syriza* und die munizipalistischen Strömungen in Südeuropa.

Die meisten Zeitdiagnosen billigen dem Populismus diese neutrale Signalfunktion nicht zu. Für den Historiker Timothy Snyder ist er umgekippt in eine rassistische Bewegung gegen Ausländer, Fremde und Einwanderer und bildet eine Gefahr, die dem faschistischen Angriff auf die liberale Demokratie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gleichkommt (Snyder, 2017). In der Tat zielen Rhetorik und Propaganda vieler rechtspopulistischer Bewegungsunternehmer und ihrer intellektuellen *fellow traveller* genau in diese Richtung einer konservativen Revolution, deren Wucht sich zeigt, wo Populisten wie Viktor Orban in Ungarn die Macht übernommen haben, oder wo sie, wie in Polen, Verfassung und Rechtsstaat schwer beschädigen. Diese Regime haben sich mit dem Theorem der »illiberalen Demokratie« ein griffiges Konzept gegeben. Ihrem autokratischen Furor haftet ein seltsam pervertiertes Freiheitspathos an, als müsse man die europäische Gesellschaft von schwersten Lasten der Fremdbestimmung befreien. So geriert sich auch ein »Islamfresser« wie Geert Wilders als größter Verteidiger der holländischen Toleranz.

Äußere Feinde Europas verstärken diese Tendenz. Die Rücksichtslosigkeit, mit der sich Autokraten wie Erdogan, Putin und Trump über die Verfassung (und notabene: über jeden Anstand) hinwegsetzen, wird von der europäischen Rechten als Signal aufgefasst, obwohl oder besser: weil diese Anti-Europäer die Grundpfeiler der europäischen Gesellschaft antasten. Bemerkenswert ist hier die Anfälligkeit von Präsidialsystemen für die autoritäre Wende. Wo Parlamente noch intakt sind, werden ihre Rechte geschwächt, Parteien behindert und verboten. Generell werden intermediäre Instanzen, so der Fachausdruck für Parteien, Verbände und Nichtregierungsorganisationen, ausgeschaltet, wird der juristische Berufsstand an der Ausübung der dritten Gewalt gehindert und die freie Presse als vierte Gewalt zensiert. Andere Unterstützer sind willkommen, vor allem religiöse Gemeinschaften, die oft unter staatlicher Kontrolle agieren, während »ausländische« Nichtregierungsorganisationen, genau wie unabhängige Forschung und Wissenschaft, unter Kuratel stehen. Höchst beunruhigend ist die intensive Verquickung politischer mit wirtschaftlicher Macht in einer Oligarchie, die sich über eigene Medien, aber auch über kritische Berichterstattung im Gespräch hält.

Gleichwohl: Wer diese autoritäre Welle verstehen und eindämmen will, muss das gar nicht so kleine Körnchen Wahrheit an der populistischen Agitation begreifen. Sie macht das starke Bedürfnis nach einer politischen Wende sichtbar, sie ist auch ein Aufstand gegen die vermeintliche Alternativlosigkeit und häufige Pseudo-Vernünftigkeit der Politik, wie sie radikal von Margaret Thatcher vertreten wurde und pragmatisch auch von Angela Merkel inszeniert wird. Die Ressentiments, die das erzeugt hat, sind in allen Partei-Hauptquartieren unterschätzt worden, ebenso wie der enorme Reputationsverlust der Volksvertreter, den TV-Prominente wie Trump, Clowns wie Beppe Grillo, oder Seiteneinsteiger und Milliardäre wie Berlusconi herbeigeführt haben. Die tiefe

Krise der repräsentativen Demokratie hat ökonomische, kulturelle und sozial-psychologische Dimensionen: Hinter dem Wohlstandschauvinismus lodert ein Panikfeuer im Mittelstand, verwandelt sich die Scham prekarisierter Arbeiter in Wut, die dann beide ihre (im Weltmaßstab zweifellos vorhandenen) Privilegien gegen Einwanderer und Minderheiten verteidigen. Selten richtet sich der Affekt gegen die wirtschaftlichen Eliten selbst, auch wenn deren exorbitante Privilegien (symbolisch: die Managerboni) allmählich ins Visier geraten; eher zielt das Ressentiment auf die »linksliberale Presse«, auf »68er-Professoren«, »Emanzen« und erfolgreiche Einwandererkinder, die sich zum Zerrbild eines »versifften links-rot-grünen 68er Deutschland« fügen, wie es Jörg Meuthen von der *AfD* in dankenswerter Klarheit ausdrückte. Halten wir fest: Das Vordringen des autoritären Nationalismus hat den Raum des Politischen und der diskursiven Auseinandersetzung der europäischen Gesellschaft neu vermessen. Die populistischen Bewegungen sind so legitim wie andere soziale Bewegungen der letzten Jahrzehnte, doch müssen ihre antidemokratischen Potenziale klar benannt und bekämpft werden.

Was tun?

Demokratische Gesellschaften sind alles andere als hilflos und können die drei ›R‹ ins Feld führen: Responsivität, Resilienz und Resistenz – Begriffe, die aus den Naturwissenschaften in die Sozialforschung und die politische Rede eingewandert sind. Soll heißen: Erstens müssen populistische Rhetorik und Mobilisierung stichhaltiger beantwortet und durch effektive Politik konterkariert werden. Demokratien müssen zweitens normativ, institutionell und lebensweltlich gegen populistische Angriffe immun werden. Wo aber die Dämme gebrochen sind, müssen sich Demokraten drittens mit allen gesetzlichen Mitteln zur Wehr setzen und Widerstand leisten. Man könnte auch sagen: Demokratische Politik muss bürgernäher, selbstbewusster und wehrhafter werden. Das ist die historische Chance, die Trump, Kaczyński und Konsorten bieten.

(1) Als responsiv bezeichnet die Medizin ein Organ, das auf äußere Reize reagiert, und die Psychologie ein Bewusstsein, das auf Kommunikationssignale eingeht (Powell, 2004; Pitkin, 1967; Mill, 1971; Etzinoi, 1991; Elsässer et al. 2016; Vorländer, 2013; Bardi et al., 2014; Debus 2017). Nicht-responsives Verhalten kann einen Organismus schädigen und eine Psyche verhärten. Auch wenn man sich vor Analogien hüten soll, ist eine nicht-responsive Politik ähnlich zu definieren: Die Volksvertretung darf sich nicht taub stellen gegen Symptome, die ein reales und dringendes Problem anzeigen und auf Veränderung drängen. Erstes Beispiel: Die Reaktorkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 beispielsweise hat in einigen Ländern – responsiv – zu einem rascheren Ausstieg

aus einer Technologie geführt, deren Risiken nicht mehr ernsthaft zu leugnen waren.

Man mag ein solches Vorgehen für entweder »opportunistisch« oder »verbohrt« halten, womit man jedoch die Eigengesetzlichkeit des repräsentativen Systems verkennen würde. Dieses beruht ja nicht auf einem imperativen Mandat, wie viele Populisten unterstellen, und schon gar nicht auf der Dauerkonsultation von Meinungsumfragen. Aber es muss »Frühwarnsysteme« in Gestalt neuer sozialer Bewegungen, von Expertensystemen oder Gerichtsentscheidungen zur Kenntnis nehmen, ohne seine relative Eigenständigkeit aufzugeben. Dem autoritären Nationalismus nicht nachzugeben, seine Hinweise auf Defizite, Widersprüche und Vertrauensverluste aber nicht zu ignorieren, ist die Aufgabe kluger responsiver Politik.

Ein zweites Beispiel: Die rechtspopulistische Agitation gegen die Aufnahme von Flüchtlingen wollte eine pseudo-responsive »Basta-Politik«: Festlegung von Obergrenzen, Schließung der Grenzen, Revision der Asylgesetze und Missachtung der Flüchtlingskonventionen. Unterm Strich war die europäische Politik durchaus »responsiv« – die humanitäre Rhetorik von Merkels »Wir schaffen das« wurde de facto revidiert, Europa verwandelte sich an vielen Stellen in eine Festung. Damit war die Grenze zum Opportunismus innen- wie außenpolitisch überschritten, das EU-System durch die Verweigerung von Solidarität besonders ostmitteleuropäischer Staaten massiv beschädigt.

Responsivität ist also kein absoluter Maßstab: Würden handelnde Politiker gewissermaßen eins zu eins Volkes Willen umsetzen, gerieten sie sich wie Marionetten; würden sie ein reines Eigenleben führen und sich zwischen Wahlen um Stimmungen und Haltungen in der Bevölkerung nicht kümmern, verlören sie die Bodenhaftung und den Anspruch auf Vertretung des Volkes. Der Politikerfolg der *AfD* und anderer Parteien mit klarer Ausrichtung gegen Immigration ist damit erklärbar, dass etablierte (und weltanschaulich für zuständig betrachtete) Parteien nicht so reagierten, wie dies ein beträchtlicher Teil der Wählerschaft erwartet hatte. Das humanitär begründete Insistieren der deutschen Kanzlerin auf der Unmöglichkeit von Obergrenzen spiegelt das Verhältnis von Prinzipientreue und Gewissensverpflichtung zu Opportunitätserwägungen und der Frage des Machterhalts, die in einer realistischen Betrachtung von Politik ebenso relevant sind, unpopuläre Entscheidungen aber nicht ausschließen. Responsivität gegenüber völkisch-autoritären Positionen bedeutet demnach nicht, diese zu übernehmen und eins zu eins umzusetzen; es bedeutet vielmehr, sie nicht zu ignorieren, ihren »Wahrheitskern« zu erkennen, an die Wurzel der Probleme zu gehen und in unseren Beispielen weniger riskante alternative Technologien zu entwickeln und Fluchtursachen zu bekämpfen. Mehr »Response«, Antwortfähigkeit auf populistische Propaganda ist erforderlich, und diese kann im Ergebnis zum genauen Gegenteil des populistischen Forderungskatalogs führen, wenn überzeugendere

Politikangebote herauskommen, und sich die Performance politischen Handelns generell erhöht. Das beinhaltet einen entschlossenen Themawechsel – weg von den Lieblingsthemen der Rechtspopulisten wie Immigration, Islam und Innere Sicherheit, ohne diese zu vernachlässigen, hin zu den Chancen, die eine Energie- und Verkehrswende bieten, zur Wiederherstellung gesellschaftlicher Solidarität und Gemeinschaft, zu einer europäischen Demokratie. Auf die Wut der sogenannten Abgehängten, wie die Anhänger der Rechtspopulisten oft tituliert werden, reagiert am besten eine Politik, die in vernachlässigten Regionen echte Perspektiven schafft, und die Städte als Orte erhält, an denen auch Menschen mit geringeren Einkommen leben können.

(2) Vom Verfall europäischer Solidarität war gerade die Rede; bedrohlicher ist die Attacke auf die Gewaltenteilung, die eine autoritäre Politik unter dem Slogan »Das Volk steht über dem Recht« in Polen und Ungarn propagiert. Sie muss man energisch in die Schranken weisen. Das betrifft besonders Angriffe auf die *dritte Gewalt*, die unabhängigen Gerichte, Verstöße gegen Menschen- und Bürgerrechte, darunter so elementare Errungenschaften wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die Unabhängigkeit der Presse und nicht zuletzt ganz fundamentale Habeas-Corpus-Rechte, die in England Ende des 17. Jahrhunderts am Beginn des Rechtsstaates standen und eine richterliche Haftprüfung vorschreiben. Insofern ist der autoritäre Nationalismus ein echter Testfall für die Nachhaltigkeit des Rechtsstaats. Das amerikanische Beispiel im Jahr 2017 zeigt, dass man sich nicht immer auf die Standhaftigkeit der Legislative verlassen kann; Trumps Republikanische Partei ist in den letzten beiden Jahrzehnten dramatisch nach rechts gerückt und opportunistisch genug, um den willkürlich und selbstherrlich agierenden Präsidenten gewähren zu lassen – mit dem fatalen Ermächtigungsargument, er sei ja vom Volke gewählt worden. Die Erosion der Gewaltenteilung verläuft in autoritären Übergangsphasen schleichend; wenn sie einmal ausgehöhlt ist, sind die Institute der Legislative und Judikative oft nicht mehr stark genug, das nötige Gegengewicht zu bilden; dann kann auch die »vierte Gewalt« genannte Presse ihre Rolle nicht mehr spielen.

Resilienz (zur Adaption des naturwissenschaftlichen Konzepts der Resilienz in den Sozialwissenschaften siehe Cannon & Müller-Mahn, 2010; Lorenz, 2013) ist ein anderes Wort für »Wehrhaftigkeit« oder »kämpferische Demokratie«, beides Schlüsselbegriffe des antifaschistischen Widerstands. Der Faschismus, schrieb der aus München vertriebene Staatsrechtler und Politologe Karl Loewenstein 1937 im amerikanischen Exil, sei kein begrenztes Phänomen, sondern ein an vielen Fronten auf die Zerstörung der liberalen Gesellschaft zielender Generalangriff. Dagegen richtete sich sein klassisch gewordener Aufruf für eine »*militant democracy*«, die als »wehrhafte Demokratie« in den Sprachgebrauch deutscher Verfassungsrechtler Eingang fand (Loewenstein,

1937; Leggewie & Meier, 1995). Loewensteins analoge Frage wäre, wie sich Demokratien heutzutage vor autoritären Herausforderungen schützen. Am stärksten bedroht erscheint die Integrität offener Gesellschaften durch Terrorzellen und Einzelpersonen, die in Metropolen wie Berlin oder Manchester, aber auch in Kleinstädten wie im fränkischen Ansbach oder im nordfranzösischen Saint-Etienne-du Rouvray Angst und Schrecken verbreiten, demokratische Regierungen zu Überreaktionen veranlassen wollen und Muslime durch die erwartbare Anheizung islamophober Propaganda, in Loyalitätszwang mit den Radikalen setzen.

Offene Gesellschaften tun sich schwer gegen solche Heimtücke. Die eklatanten Pannen, die zuletzt im »Fall Amri« europaweit offenbar wurden, lassen Zweifel aufkommen, ob die Demokratie »militant« genug ist, um die Auseinandersetzung bestehen zu können. Wer allein nach schärferen Gesetzen ruft, sollte zunächst Sorge tragen, dass die bestehenden konsequent angewandt werden. Und einer wirklich wehrhaften Demokratie geht es nicht um die Bekämpfung unliebsamer Meinungen und Ziele, mögen sie dem Geist und Buchstaben des Grundgesetzes noch so sehr widersprechen. Zu verhindern sind vielmehr konkrete Gewalttaten und deren Vorbereitung, die laut Strafbuch allesamt längst verboten sind. Gebrannte Kinder wie Loewenstein wollten Feuer mit Feuer bekämpfen, also Feinden der Demokratie notfalls demokratische Rechte entziehen. Die Möglichkeit des Missbrauchs war ihnen gewärtig, Sicherheitsgesetze werden häufig dazu benutzt, die politische Opposition zu behindern oder ganz zu verbieten. Deren Unabhängigkeit muss unbedingt gesichert und wiederhergestellt werden, und zu Resilienz gehört, den Respekt vor gewählten Volksvertretungen und generell vor den erwähnten intermediären Instanzen zu erneuern, die im Kult der Unmittelbarkeit einer populistischen »Volksdemokratie« in Plebisziten und sozialen Netzwerken unterzugehen drohen. Und der Beteiligungsdrang, der sich bei der populistischen Anhängerschaft zeigt, die sich auf Straßen und Plätzen versammeln, die nach langer Abstinenz wieder wählen gehen, die in Vereinen tätig werden, auch diese verdruckste Politisierung muss und kann in sinnvolle Beteiligungsarenen umgelenkt und republikanisch domestiziert werden. Weniger in großflächigen Volksabstimmungen, die komplizierte Sachverhalte nach dem Brexit-Muster auf Ja/Nein-Fragen vereinfachen, sondern im Ausbau von Beratungs- und Erörterungsgremien interessierter und informierter Bürger vor allem auf kommunaler Ebene liegen die Chancen einer Demokratisierung der Demokratie (Leggewie & Nanz, 2018).

(3) Notfalls muss die Bürgergesellschaft in extremen Situationen aber entschieden Widerstand leisten – eine Eventualität, die das deutsche Grundgesetz explizit einräumt, wenn es in Artikel 20, Absatz 4 zur Gewaltenteilung statuiert: »Gegen jeden, der es unternimmt, diese [freiheitlich-demokratische,

CL] Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.« Der Zusatz wurde 1968 ins GG aufgenommen, als die (im Rückblick übertriebene) Befürchtung bestand, die seinerzeit der Staatsgewalt gewährten Notstandsbefugnisse könnten von ihr missbraucht werden. Das war kein Freibrief für beliebige Widerstandsakte, sondern ein Vorratsbeschluss für den extremen Notfall, dass eine verbrecherische Regierung Grundrechte nicht mehr schützt oder selbst verletzt und den Bürgern keine legalen und friedlichen Mittel mehr dagegen zur Verfügung stehen.

Davor und bis dahin, das demonstriert gerade die amerikanische Opposition, gibt es zahlreiche Möglichkeiten, Widerstand zu leisten: Man kann Dekrete (wie den von Trump verhängten Immigrationsbann) unterlaufen, indem man Flüchtlinge aufnimmt und sie (wie es eine Firma angekündigt hat) bevorzugt einstellt; Sammelklagen einleiten und Gerichte mit als illegal betrachteten Maßnahmen der Exekutive befassen; in der Öffentlichkeit fundiert sogenannten »alternativen Fakten« entgegentreten, die eine Regierung und ihre Kommunikationsmaschinen streuen; dabei den eigenen Gebrauch der sozialen Medien kritisch hinterfragen; Anhänger von Autokraten mit den Folgen ihrer Wahl und ideologischen Unterstützung konfrontieren; die Ressourcen der Städte und föderalen Gebietskörperschaften stärken; Unternehmen und Wirtschaftsverbände gegen Regierungsmaßnahmen mobilisieren, die moralisch fragwürdig und materiell für sie nachteilig sind; Demonstrationen in geeigneter zeitlicher und regionaler Verteilung organisieren; prominente Bündnispartner, die Bedenken bekommen haben, aus dem Lager der Autokraten herauslösen; wissenschaftliche Expertise generieren und, wo die staatliche Finanzierung ausgetrocknet wird, für sie alternative Quellen erschließen; und nicht zuletzt kann man die parlamentarische Opposition, so sie Bestand hat und den Willen zum Widerstand aufbringt, stützen und sich künftig jeder pauschalen Politikverachtung und Politikerschelte enthalten. Die Selbstermächtigung des US-Präsidenten ist ein Test auf die Fähigkeiten der amerikanischen Graswurzel-Organisationen und von abgeklungenen Protestgruppen wie *Occupy*, die sich während der Bankenkrise organisiert haben.

Das alles erlebt man gerade analog in Polen, Ungarn oder Rumänien, wo sich Frauen, Intellektuelle und Anwälte gegen Korruption, Amtsmissbrauch und die Beschneidung der Wissenschaftsfreiheit einsetzen (Leggewie, 2017a, S. 39-45 und S. 56-60). Man muss den allergrößten Respekt haben vor Aktivisten, die sich in Warschau und vielen polnischen Provinzstädten schützend vor die Unabhängigkeit der Justiz stellen, die in Rumänien seit Monaten gegen eine durch und durch korrupte Regierung kämpfen, die in Budapest um den Bestand der Central European University kämpfen, die durch die Türkei marschiert sind und dem Neuen Sultan die Stirn bieten. Ziel ist auch die Verhinderung rechtspopulistischer Dominoeffekte. Und wer meint, sich bei den anstehenden Wahlen enthalten zu sollen, um nicht bloß irgendein geringeres Übel

zu wählen, ist wohl falsch beraten – in Österreich zählte im Dezember 2016 buchstäblich jede Stimme und die zunehmende Unkalkulierbarkeit politischer Prozesse bzw. die mangelnde Prognosekraft demoskopischer Umfragen unterstreichen die moralische Bürgerpflicht, wählen zu gehen. Eine Pflicht zur Zurückhaltung gegenüber den »inneren Angelegenheiten anderer Staaten« gilt hingegen nicht mehr; dazu ist die europäische Gesellschaft zu sehr zusammengewachsen und die Interdependenz nationaler Entscheidungen und Verhältnisse unumkehrbar. Ob sich die Gegner von Wilders, Le Pen oder Grillo durchsetzen, war und ist ebenso relevant für die deutsche Innenpolitik, wie Erfolg oder Misserfolg der *AfD* für die Niederlande, Frankreich oder Italien von Bedeutung ist.

Die *Europäische Union* schließlich kann als kollektiver Akteur nach innen und außen Widerstand leisten. Mitgliedsländern, die massiv Bürgerrechte verletzen, sich Korruption zu Schulden kommen lassen oder die Gewaltenteilung außer Kraft setzen, können Regionalmittel entzogen oder andere Sanktionen erteilt werden; wer Handelsverträge verletzt oder Einfuhrzölle und andere Handelshemmnisse verfügt, kann mit entsprechenden Gegenmaßnahmen bedacht werden. Willküraktionen von Autokraten im Innern wie gegenüber der Weltgemeinschaft müssen zur Konsequenz haben, dass die europäische Gesellschaft enger zusammenrückt und die Kooperationsbereitschaft der EU-Mitgliedstaaten Gestalt annimmt.

Fazit

Der Populismus ist im Endeffekt beides – ein Weckruf an die etablierte Politik, sich sozial-progressiv zu erneuern und Reformen auf den Weg zu bringen, und ein Alarmsignal an wachsame Bürger, die Demokratie zu verteidigen. Die Feinderklärung der völkisch-autoritären Nationalisten ist nicht zu ignorieren. Wenn sie angenommen und zurückgewiesen wird, hat die europäische Gesellschaft die Chance zu mehr Demokratie und kann sich dann den wirklich entscheidenden Problemen wie Klimawandel, Finanzkrise und sozialer Zerklüftung zuwenden, von denen populistische Zerstörer nur ablenken.

Auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen und die drei »R« auf sie angewandt: Den Einzug von fast einer Hundertschaft *AfD*-Abgeordneten in den Deutschen Bundestag als Vertretung von rund 13 Prozent der abgegebenen Stimmen und einem knappen Zehntel der Bevölkerung muss man demokratiepolitisch respektieren. Sie arbeiten, so sie keine obstruktive Fundamentalopposition treiben wollen, im Parlament mit und werden dort den Alltag der Berufspolitik kennenlernen, den zu denunzieren sie und ihre enragierte Basis bisher nicht müde geworden sind. Die *AfD* verfügt damit über erhebliche finanzielle Ressourcen und einen Stammkader parlamentarischer Mitarbeiter. Die Fraktion wird »gemäßigte« und »radikale« Volksvertreter aufnehmen, der

Austritt der bisherigen Vorsitzenden Frauke Petry zeigt die Risse, welche die Fraktion von Beginn an durchziehen, eine Tendenz, die sich in den überwiegend zerspaltenen Landtagsfraktionen spiegelt.

Auch mit den Parlamentariern des rechten Flügels sollte man so sachlich wie möglich debattieren, sie ansonsten eher ignorieren und auf rhetorische Provokationen gelassen reagieren, im Übrigen »resilient« ihre Verbindungen in die völkisch-identitären Milieus im Auge halten, sie kenntlich und öffentlich machen. Der Umgang mit diesen Milieus und den Vertretern im Bundestag muss konfrontativ und als Gemeinsamkeit aller Fraktionen erkennbar sein. Diese müssen sich in Regierung und Opposition ihrer gestiegenen Verantwortung bewusst sein und »responsiv« Lösungen in denjenigen Politikfeldern erarbeiten, in denen die Rechte auf Versäumnisse hinweisen kann, und etwa in der Frage der Wohnraumknappheit und der Verödung ländlicher Regionen praktikable Alternativen für Deutschland anbieten. Sollten sich die radikalen Kräfte in der AfD durchsetzen und eine Staatskrise auslösen, werden Parlament und Bürgergesellschaft sich »resistent« zur Wehr setzen.

LITERATUR

- Amann, M. (2017). *Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert*. München: Droemer.
- Bardi, L., Bartolini, S., Treichel, A. (2014). Responsive and Responsible? The Role of Parties in Twenty First Century Politics, *West European Politics*, 37 (2), 232-255.
- Bender, J. (2017). *Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland*. München: Pantheon Verlag.
- Bornschiefer, S. & Kriesi, H. (2013). The populist right, the working class, and the changing face of class politics. In J. Rydgren (Hg.), *Class politics and the radical right* (S. 10-29). London: Routledge.
- Cannon, T., Müller-Mahn, D. (2010). Vulnerability, Resilience and Development Discourses in Context of Climate Change. *Nat Hazards*, 55, 621-635.
- *Carothers, T. & Youngs, R. (2017). Democracy is not Dying. Seeing Through the Doom and Gloom, *Foreign Affairs*, April.
- Debus, M. (2017). Die Thematisierung der Flüchtlingskrise im Vorfeld der Landtagswahlen 2016: Mangelnde Responsivität als eine Ursache für den Erfolg der AfD? In C. Bieber, Blätte, A., Korte, K.-R., Switek, N. (Hg.), *Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Studien der NRW School of Governance*, (S. 91-98). Wiesbaden: Springer VS.
- Elsässer, L., Hense, S., A. Schäfer, A. (2016). *Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015: Endbericht*. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

- Etzioni, A. (1991). *A Responsive Society. Collected Essays on Guiding Deliberate Social Chance*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Foa, R. S. & Mounk, Y. (2016). The Democratic Disconnect, *Journal of Democracy*, 27 (3), 5-17.
- Foa, R. S. & Mounk, Y. (2017). The Signs of Deconsolidation, *Journal of Democracy*, 28 (1), 5-16.
- Häusler, A (Hg.) (2016). *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Inglehart, R. F. & Norris, P. (2016). Challenges to liberal democracy: Trump, Brexit and the rise of Populism. *International Political Science Association World Congress, 24.-27. Juli 2016 = HKS Faculty Research Working Paper Series, 16-026*, Zugriff am 01.11.2017 unter <https://research.hks.harvard.edu/publications/workingpapers/Index.aspx>
- Inglehart, R. F. (2016). The Danger of Deconsolidation: How Much Should We Worry? *Journal of Democracy*, 27 (3), 18-23.
- Jensen, U. (2017). *Zornpolitik*. Berlin: Suhrkamp.
- Jesse, E. & Panreck, I.-C. (2017). Populismus und Extremismus, *Zeitschrift für Politik*, 64 (1), 59-76.
- Leggewie, C. (1987). *Der Geist steht rechts. Ein Ausflug in die Denkfabriken der Wende*. Berlin: Rotbuch Verlag.
- Leggewie, C. (1990). *Die Republikaner*. Berlin: Rotbuch Verlag.
- Leggewie, C & Meier, H (1995). *Republikschutz. Maßstäbe für die Verteidigung der Demokratie*. Reinbek: Rowohlt.
- Leggewie, C. (2003). *Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik?* München: Beck.
- Leggewie, C. (2016). *Die Anti-Europäer. Breivik, Dugin, al-Suri & Co*. Berlin: Suhrkamp.
- Leggewie, C. (2017a). *Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung*. Berlin: Ullstein.
- Leggewie, C. (2017b). Heimatloser Antikapitalismus. Gegen die Entwendung der sozialen Frage, *Transit*, 50 (Sommer 2017), 122-129.
- Leggewie, C. (2017c). Populisten verstehen!? In W. Brömmel, König, H., Sicking, M. (Hg.), *Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven* (S. 63-77). Bielefeld: transcript.
- Leggewie, C. (2017d) *Warum sie uns hassen*. Süddeutsche Zeitung, 25. Juni 2017, Zugriff am 26.10.2017 unter www.sueddeutsche.de/kultur/gruende-fuer-den-terrorismus-warum-sie-uns-hassen-1.3554039
- Leggewie, C. (2017e). *Darf man über Björn Höcke lachen?* Süddeutsche Zeitung, 27. September, Zugriff am 27.10.2017 unter www.sueddeutsche.de/kultur/buch-zornpolitik-darf-man-ueber-bjoern-hoecke-lachen-1.3683798

- Loewenstein, K. (1937). Militant Democracy and Fundamental Rights. *American Political Science Review*, 31, 417-433 und 638-658.
- Lorenz, D. F. (2013). The Diversity of Resilience: Contributions from a Social Science Perspective. *Nat Hazards*, 67, 7-24.
- Mickey, R., Levitsky, S., Way, L. A. (2017). Is America Still Safe for Democracy? Why the United States Is in Danger of Backsliding, *Foreign Affairs*, Mai/Juni 2017. Zugriff am 25.10.2017 unter <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2017-04-17/america-still-safe-democracy>
- Mill, J. S. (1971). *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie*. Paderborn: Schöningh.
- Mishra, P. (2017). *Das Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart*. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Nanz, P. & Leggewie, C. (2018). *Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung* (3. erg. Aufl.), Berlin: Wagenbach.
- Pitkin, H. (1967). *The Concept of Representation*. Berkeley: University of California Press.
- Powell, G. B. (2004). The Chain of Responsiveness, *Journal of Democracy* 15 (4), 91-105.
- Salzborn, S. (2017). *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Snyder, T. (2017). *Über Tyrannei: zwanzig Lektionen für den Widerstand*. München: Beck.
- Stöss, R. (2015). *Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland*. Zugriff am 24.10.2017 unter: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/198940/zur-entwicklung-des-rechtsextremismus-in-deutschland
- Themenheft zur US-Wahl 2016 (2017). *Journal of Democracy*, 28, 2.
- Vorländer, H. (2013). Krise, Kritik und Szenarien: Zur Lage der Demokratie. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 23 (2), 267-277.
- Weiß, V. (2017). *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Wildt, M. (2017). *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*. Hamburg: Hamburger Edition.

